Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 23

BERICHT

über die Delegiertenversammlung vom 9. Mai 1959

Auf der Tagesordnung der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung am 9. Mai 1959 standen drei wichtige Punkte. Neben den nach Ablauf der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen des Vorstandes waren es vor allem der Geschäfts- und Kassenbericht, die bedeutsam waren und nach den letzten Delegiertenversammlungen mit Recht aufmerksam erwartet wurden. Außerdem hatte sich die Satzungskommission mit der Änderung der bisherigen Satzung beschäftigt und legte nun in einem Entwurf eine Neufassung vor, worin klare Begriffsbestimmungen und eindeutige Definitionen geschaffen wurden, die Satzungsstreitigkeiten in Zukunft ausschalten sollen.

Zweckmäßig dürfte es sein, zunächst über die Satzungsberatung zu berichten: Nachdem die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit beendet und mitgeteilt hatte, daß von den berechtigten Delegierten 80 anwesend waren, wurde die Beschlußfähigkeit — noch nach der alten Satzung — festgestellt.

Die Satzungsänderungen waren gut vorberaten und bereits in allen Bezirken diskutiert worden. Die Wünsche der Bezirke waren in den vorangegangenen Lesungen im Vorstand und im Beirat verarbeitet worden, so daß die eigentliche Beratung im zuständigen Gremium der Delegiertenversammlung verhältnismäßig schnell abgeschlossen werden konnte.

Sachliche Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte der Satzung wurden in einer kameradschaftlichen Weise diskutiert. Es war eine Freude, festzustellen, daß alle Beteiligten bemüht waren, das vornehmlich im letzten Jahr wieder erstarkte Gefühl der Einigkeit auch demonstrativ zu bekunden. Trotz mancher knappen Entscheidung bei der Abstimmung der einzelnen Paragraphen während der Einzelberatung, wurde abschließend die Satzung in ihrer Gesamtheit einstimmig angenommen, was lang andauernden Beifall auslöste.

Die neuen Satzungen werden jedem Mitglied in Kürze zugehen, so daß es sich erübrigt, in diesem Bericht auf Einzelheiten einzugehen. Erwähnt sei lediglich, daß der bisherige Beirat — ohne Änderung seiner Zusammensetzung — jetzt Landesausschuß genannt wird und zwischen den Delegiertenversammlungen als höchstes Gremium des Bundes regelmäßig tagt.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden sei Nachstehendes im Auszug wiedergegeben; er führte u. a. aus:

„Eine Organisation, wie der Freiheitsbund, mit ihren speziellen Aufgaben, sich für die Erhaltung und Vertiefung des Gedankens der Demokratie gleichzeitig einzusetzen, kann nicht wie eine politische Partei oder die vielen Sportvereine oder sonstigen Verbände auf Massenbasis aufgebaut werden, da die

Voraussetzungen für eine solche Organisation heute anders sind als in der Zeit nach 1918 oder zu einer Zeit, in der unser großes Vorbild, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, gegründet wurde.

Warum ich heute bei einem Überblick über unsere Arbeit diesen Satz mit einflechte, soll auch einmal diejenigen unter uns, die über eine sogenannte Inaktivität des Freiheitsbundes betrübt sind, Anlaß zu Überlegungen geben. Zu Überlegungen darüber, daß, in einer gespaltenen Stadt, die eingebettet ist in einer Zone der Unfreiheit, in einer Stadt, in der ausländische Schutzmächte sich um die Sicherung der Demokratie nach außen hin bemühen, die Zeit, in der die furchtbare Vergangenheit, sich einer bestimmten Organisation angeschlossen zu haben, noch nicht überwunden ist. Dabei ist an die vielen Opfer, die unsere Reichsbannerkameraden nach 1933 wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zu dieser Organisation bringen mußten, zu denken. Ich denke dabei aber auch an alle die jungen Leute, die nach 1945 und zum Teil noch heute sagen, daß sie rückblickend auf die Vergangenheit nicht geneigt sind, Konsequenzen zu ziehen, weil sie für die Zukunft irgendwelche Folgen befürchten. Bei all denen, die im Jahre 1951 den Freiheitsbund ins Leben riefen und damit der Öffentlichkeit gegenüber mit ihrer Person eine Verpflichtung eingingen, muß die Haltung dieser Leute ebenso enttäuschen wie die wenigen Ausbreitungsmöglichkeiten unseres Bundes. Dies waren letzten Endes bei dem größten Teil unserer Kameraden die Gründe, die zu den bekannten und bedauerlichen Differenzen führten, wobei neben den menschlichen Unzulänglichkeiten, denen wir nun einmal alle unterworfen sind, die Spannungen bis zur Zerreißprobe anwachsen mußten. Bei manchem von uns stieg deshalb das Gefühl und die Frage auf, ob unter diesen Voraussetzungen ein Weiterleben des Freiheitsbundes überhaupt noch gegeben wäre. Als neuer Vorstand gaben wir damals die Hoffnung nicht auf, obwohl wir feststellen mußten, daß andere Organisationen auf der rechten Seite von uns an solchen inneren Auseinandersetzungen gescheitert sind. Unter diesen schwierigsten Umständen begannen wir die Organisation zusammenzuhalten und die Mitglieder in den einzelnen Bezirken wieder von neuem an dem Bund zu interessieren. Heute können wir sagen, daß dieses Unterfangen nicht umsonst gewesen ist; nicht nur, daß die Zahl der nach den Mitgliederbeiträgen eingetragenen Kameraden gut gehalten werden konnte, hat der Vorstand mit Unterstützung der Bezirke Aufklärung über die Dinge geben können, die zu den Spannungen geführt hatten.

Die Tätigkeit des Freiheitsbundes ist wieder aktiviert worden, das zeigte z. B. eine Beteiligung am 9. November 1958 im Bezirk Kreuzberg und am 1. Mai 1959.

Auf dem innerorganisatorischen Gebiet hat der Vorstand die seit sehr langer Zeit vorliegende Satzungsänderung der heutigen Delegiertentagung zur Beschlußfassung nach Durcharbeitung in den Bezirken und im Beirat vorgelegt, um damit dem Bund nunmehr ein brauchbares Fundament für die Weiterarbeit zu geben. Eine Fülle von Kleinarbeit, auch in den Bezirken, wurde für den Bund durchgeführt. Diese Arbeit war nicht immer nur erfreulicher Art; es blieb uns vielmehr nicht erspart, auch vor den Schranken des Gerichts die Interessen der Organisation zu wahren. Alle in Einzeldinge gehende Fragen hier vorzutragen, wäre den Verhältnissen der Zeit entsprechend, auch nach Ansicht des Beirats, nicht angebracht. Ich habe deshalb nur noch die Aufgabe, allen Kameraden für ihre Tätigkeit zu danken, wobei keine Gruppe besonders hervorgehoben werden soll; alle Arbeit geschah letzten Endes für den Freiheitsbund und damit im Sinne unserer gemeinsamen Sache, zu der wir uns am 1. Mai 1951 zusammengeschlossen haben. Die Kameraden, die heute als Vertreter der Bezirke hier anwesend sind, um die Arbeit des Vorstandes und schließlich ja auch die eigene Arbeit zu durchleuchten, bitte ich, die von mir gemachten Ausführungen so aufzufassen, daß sie nur die wichtigsten Punkte der Arbeit in der vergangenen Berichtszeit streifen konnten.

Das was möglich war, ist nach meiner Ansicht getan worden; deshalb möchte ich meinen Bericht mit einem Zitat, das mir gerade einfällt, schließen:

„Der Geschmack ist sehr verschieden,
es jedem recht zu machen ist
sehr schwer,
denn was den einen stellt zufrieden,
das ärgert oft den andern sehr."

Aus dem anschließend gegebenen Kassenbericht, der von den Revisoren bestätigt wurde, war zu entnehmen, daß die Geschäftslage des Bundes im allgemeinen als gut zu bezeichnen ist. Die vorhandenen Beitragsrückstände könnten sicher aufgeholt werden, wenn in den Bezirken hinsichtlich der Einziehung rückständiger Beiträge etwas mehr Aktivität gezeigt werden würde.

Auf eine Aussprache zu den Berichten wurde verzichtet. Die von den Revisoren empfohlene Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Das Ergebnis der Neuwahlen könnte — nachdem Beanstandungen in der Geschäftsführung des Bundes für die zum Bericht anstehende Zeit von keiner Seite erhoben worden waren — keine Überraschungen bringen. So wurden dann, bis auf eine Ausnahme, die bisherigen Vorstandsmitglieder zum Teil einstimmig, zum Teil mit großer Mehrheit, wiedergewählt. An die Stelle des ausgeschiedenen Beisitzers, den bisher der Bezirk Tempelhof gestellt hatte, trat ein Kamerad aus dem Bezirk Wedding und an die Stelle des verstorbenen Kameraden Werner Schencke trat wiederum ein Kamerad aus dem Bezirk Neukölln. Der neue Landesvorstand wird an Stelle von 10 evtl. 11 Mitglieder haben — nach der neuen Satzung möglich — und mit Unterstützung der Bezirke und der einzelnen Kameraden durchaus in der Lage sein, die alte Kameradschaft innerhalb des Bundes wiederherzustellen und damit wesentliche Voraussetzungen schaffen, die für die Erreichung der Ziele unseres Bundes unerläßlich sind.

Unseren verstorbenen Kameraden ein ehrendes Gedenken!

(Berichtszeit
27. Mai 1957 bis 8. Mai 1959)

Bezirk Wedding:	Paul **Gursky,** Franz **Berndt,** Otto **Pietsch.**
Bezirk Kreuzberg:	Fritz **Krüger,** Karl **Werner,** Heinrich **Hüllenhagen,** Paul **König,** Fritz **Donner.**
Bezirk Charlottenburg:	Paul **Fuellsack,** Wilhelm **Scheidenrecht.**
Bezirk Spandau:	Kurt **Laske.**
Bezirk Wilmersdorf:	Fritz **Herbote,** Herbert **Bellach.**
Bezirk Schöneberg:	Heinz-Erwin **Dachner.**
Bezirk Tempelhof:	Max **Lieske,** Paul **Schmidt.**
Bezirk Neukölln:	Artur **Bredow,** Werner **Schencke,** Kurt **Laxgang.**
Bezirk Reinickendorf:	Karl **Reichel,** Josef **Meyer,** Friedrich **Buck,** Friedrich **Wilhelm,** Bruno **Mietzsch,** Willi **Hanke,** Otto **Dmuschewski.**

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.